

US-Raketen in Deutschland: Eine neue Stufe der Eskalation



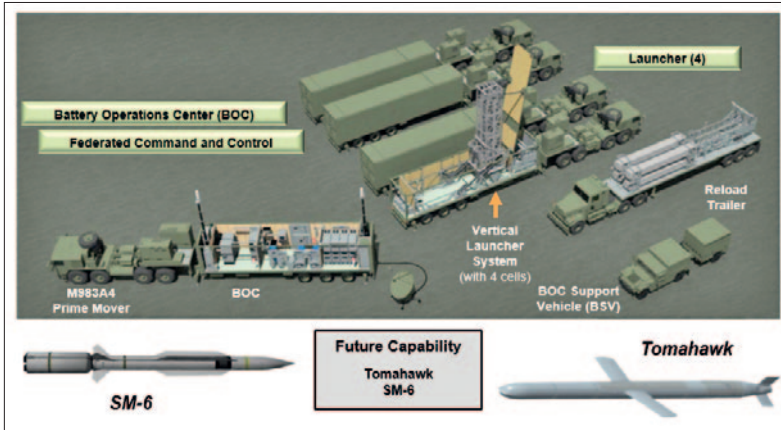
Es sind dürre acht Zeilen, die Bundeskanzler Olaf Scholz und US-Präsident Joe Biden am 10. Juli 2024 veröffentlichten. Aber sie haben es in sich: Erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges sollen wieder US-Mittelstreckenwaffen nach Deutschland kommen. Diese »Schutzmaßnahme« ist brandgefährlich!

Zwei landgestützte US-Waffensysteme sollen ab 2026 der 2. Multi Domain Task Force der US Army in Wiesbaden zugeordnet werden: SM-6-Raketen (Reichweite unter 500 km) und Tomahawk-Marschflugkörper (Reichweite über 2.000 km). Perspektivisch sollen Dark-Eagle-Hyperschallraketen hinzukommen. Anders als in den 1980er-Jahren werden die Tomahawks nicht nuklear bewaffnet; die passenden W84-Sprengköpfe sind vollständig abgerüstet. Entsprechende Recherchen von Ohne Rüstung

Leben hat der anerkannte Atomwaffenforscher Hans Kristensen mittlerweile bestätigt. Die Stationierung ist kein NATO-Beschluss; sie wurde im Alleingang zwischen Berlin und Washington vereinbart. Auch der Bundestag war nicht eingebunden.

Derzeit gibt es keine belastbaren Informationen darüber, wie viele US-Waffen wo in Deutschland stationiert werden sollen. Und auch ihr konkreter Zweck bleibt unklar. In Berlin ist die Rede davon, angesichts der – zweifellos vorhandenen – Bedrohung durch russische Raketen und Marschflugkörper eine »Fähigkeitslücke« des Westens schließen zu müssen. Doch das ist unglaublich: Zahlreiche NATO-Staaten verfügen über see- und luftgestützte Waffen mit Reichweiten bis weit über Moskau hinaus. »Generell sind die Luft- und See-

Start einer THAAD-Rakete. Die neuen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland sollen nach dem gleichen Prinzip abgefeuert werden
Foto: Ralph Scott / U.S. Army



Komponenten des Typhon-Abschuss-systems, das in Deutschland stationiert werden soll
Quelle: U.S. Army

streitkräfte der NATO denen Russlands qualitativ und quantitativ weit überlegen«, betont Wolfgang Richter, Oberst a. D. sowie langjähriger Militärberater bei UNO und OSZE. Für ihn machen die zusätzlichen landgestützten Waffen nur in einer Hinsicht einen Unterschied: Sie eignen sich für verdeckte Überraschungsangriffe. Das jedoch hat nichts mit einem »strategischen Gleichgewicht« zu tun; es ist vielmehr eine neue Stufe der Eskalation!

Hyperschallwaffen erreichen 5.000 bis 20.000 km/h; Marschflugkörper können sehr niedrig und präzise fliegen. Das führt dazu, dass die Waffen sich kaum abfangen lassen und die Vorwarnzeit extrem verkürzen. Es wäre künftig möglich, von deutschem Boden aus binnen Minuten strategische Ziele im Westen Russlands zu zerstören – etwa Atomwaffenstützpunkte. In den Moskauer Kommandozentralen wird das zu einer nervösen Alarmbereitschaft führen, es drohen Irrtümer oder Kurzschlussreaktionen. Die Stationierung der Mittelstreckenwaffen wirkt somit destabilisierend! Tatsächlich hat Russland bereits angekündigt, weitere nuklear bestückbare Waffen an seine Westgrenze zu verlegen. Anders als in den 1980er-Jahren wird das Risiko eines Gegenschlages nicht über mehrere NATO-Partner verteilt. Im Fadenkreuz steht allein Deutschland.

Simon Bödecker

Umfangreiche Informationen und Fakten zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Für ein gemeinsames Europa ohne Mittelstreckenwaffen!

Aktionspostkarte an Bundeskanzler Olaf Scholz



Mittelstreckenwaffen tragen nicht zu Frieden und Sicherheit bei. Ihre Stationierung in Deutschland ist destabilisierend und hoch riskant. Fordern Sie daher jetzt mit unserer neuen Aktionspostkarte von Bundeskanzler Olaf Scholz, die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu verhindern!

Aktionspostkarten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Weitere Informationen zur Aktion finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Absender/-in

Name _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

ich bin überzeugt, dass Mittelstreckenwaffen in Europa nicht zu Frieden und Sicherheit beitragen. Ihr Plan, strategische US-Raketen und Marschflugkörper in Deutschland aufzustellen, wirkt destabilisierend und erhöht sogar die Gefahr eines russischen Angriffs!

Daher fordere ich Sie auf:

- Lassen Sie keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu!
- Ergreifen Sie **jetzt** die Initiative für Verhandlungen über Rüstungskontrolle, nukleare Abrüstung und gemeinsame Sicherheit in Europa!

Mit freundlichen Grüßen _____

Datum, Unterschrift _____

© Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart. Sie: 0711 608396, orl-info@gaia.de

Eine Aktion von Ohne Rüstung Leben in Kooperation mit der Kampagne «Friedensfähig statt Ostschlagfähig» www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen

Bitte mit 70 Cent freimachen

An den Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

eco zoom natureOffice.com/DE-662-2848274

Rohtstoffe Transporte Produktion

CO₂-Emissionen klimaneutral

Wo ist der Wille zum Dialog?

Europa braucht Initiativen für eine neue Friedensordnung

Angesichts der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland wird oft auf den NATO-Doppelbeschluss verwiesen. Doch der Vergleich hinkt. Die Ankündigung vom Juli 2024 enthält keinen zweiten Teil. Sie eröffnet keinen Spielraum für Diplomatie und zeigt auch nicht auf, unter welchen Bedingungen sie revidiert werden könnte. Das ist der eigentliche Skandal!

Binnen weniger Jahre haben Kurzsichtigkeit und Machtpolitik dazu geführt, dass die mühsam erarbeitete Rüstungskontrolle in Trümmern liegt: Die USA haben den INF-Vertrag gekündigt, Russland ist aus dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) ausgetreten und hat seine Teilnahme an New START ausgesetzt. Weltweit werden Milliarden in die Entwicklung neuer Atomwaffen investiert. Wer in dieser Situation strategische Mittelstreckenwaffen stationiert, ohne »Rüstungskontrolle« auch nur in den Mund zu nehmen, gießt Öl ins Feuer!

Das Friedensgutachten der deutschen Friedensforschungsinstitute von Juni 2024 betont, wie unverzichtbar Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und

Abrüstung auch für eine »rationale Sicherheitspolitik« sind. Die Forscherinnen und Forscher erläutern, worum es aktuell vor allem gehen müsse: Das Risiko unbeabsichtigter militärischer Eskalationen zu reduzieren. Dazu gehöre – das nennt das Gutachten explizit – eine Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Europa! Es brauche zudem Plattformen für Gespräche zwischen europäischen Regierungen, den USA, Russland und China. Zunächst für einen Austausch über Risiken und Militärdoktrinen; perspektivisch könnten daraus neue Rüstungskontrollgespräche entstehen.

Ja, der Frieden in Europa ist bedroht! Gerade deshalb brauchen wir jetzt eine Politik, die sich der langfristigen Vision einer neuen Friedensordnung verschreibt. Die Voraussetzungen für Vertrauen und Dialog schafft und neue Abkommen über gemeinsame Sicherheit anstrebt. Die Ansätze liegen auf dem Tisch – was fehlt, ist der politische Wille. Und das ausgerechnet in Deutschland, das den Verhandlungen der 1980er-Jahre so viel zu verdanken hat.

Simon Bödecker

Stichwort: NATO-Doppelbeschluss

Der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 verband die Stationierung einer großen Zahl nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa mit der Forderung nach Verhandlungen über die Begrenzung eben dieser Waffen. Diese Verhandlungsbereitschaft und beispiellose Proteste der Friedensbewegung gegen die neuen Waffen führten letztlich zum INF-Vertrag, der 1988 in Kraft trat. Darin verpflichteten sich die USA und die Sowjetunion zur Abrüstung aller landgestützten Mittelstreckenwaffen. Der INF-Vertrag läutete das Ende des Kalten Krieges und eine Epoche gemeinsamer Sicherheit in Europa ein! Nach gegenseitigen Vorwürfen der Vertragsverletzung wurde er 2019 durch US-Präsident Donald Trump aufgekündigt.

KPdsU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan bei der Unterzeichnung des INF-Vertrages
Foto: dpa





Vor 30 Jahren schloss sich Ohne Rüstung Leben mit weiteren Organisationen zum Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!« zusammen. Unser gemeinsames Ziel: In Deutschland konsequent für die Ächtung von Atomwaffen einzutreten.

Die Gründungs-Pressekonferenz im Sommer 1994 fand in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn statt. Das zeigt, wie tiefgreifend

Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt

Erfolgreiche Arbeit geht mit neuem Namen weiter

sich die politische Landschaft seitdem verändert hat. Es gab positive Entwicklungen wie den UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), vielfältige Kampagnen gegen die Atomwaffen in Büchel und ein stetiges Anwachsen des Trägerkreises auf mittlerweile über 75 Organisationen. Doch der Einsatz für nukleare Abrüstung in Deutschland und Europa bleibt weiterhin dringend nötig! Unser Bündnis blickt mit viel Energie und neuen Kampagnenideen in die Zukunft und zeigt das nun auch nach außen: Mit seinem neuen Namen »Aktionsbündnis

atomwaffenfrei.jetzt« und einem modernen Logo, das bei der Jubiläumstagung am 27. und 28. September 2024 in Hannover vorgestellt wurde. Das Team von Ohne Rüstung Leben wird die Arbeit im Aktionsbündnis weiter aktiv mitgestalten.

Simon Bödecker

Aktuelle Informationen – etwa zur Demonstration gegen das Atomkriegsmanöver Steadfast Noon am 12. Oktober 2024 in Nörvenich – unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.



Militär und Rüstung werden aus Steuergeldern finanziert – somit tragen alle Menschen in Deutschland dazu bei. Das Netzwerk Friedenssteuer will das nicht hinnehmen. Es fordert, das Recht einer individuellen Gewissensentscheidung auch auf die Steuerverwendung zu übertragen.

Gewissensfreiheit in der Steuererklärung

Netzwerk Friedenssteuer fordert Zivilsteuergesetz

Hierzu hat das Netzwerk Friedenssteuer einen Vorschlag für ein Zivilsteuergesetz formuliert, dessen Umsetzbarkeit in mehreren Gutachten fachjuristisch bestätigt wurde. Der Bundeshaushalt könnte demnach künftig nur noch für zivile Staatsaufgaben verwendet werden. Daneben würde ein Bundesmilitärfonds geschaffen, um die Verteidigungsausgaben zu finanzieren. In ihrer Umsatz-

oder Einkommensteuererklärung könnten dann alle Steuerpflichtigen der Nutzung ihrer Abgaben für den Bundesmilitärfonds aus Gewissensgründen widersprechen. Das Netzwerk Friedenssteuer bietet umfangreiche Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten dazu unter www.netzwerk-friedenssteuer.de.

Simon Bödecker

Erzähl mir vom Frieden

Ökumenische FriedensDekade 2024

Kriege, Krisen, Aufrüstung und Leid – seit Jahren dominieren solche Meldungen die Nachrichten. Hat das Streben nach Frieden und Gewaltlosigkeit überhaupt noch einen Sinn? Um die Hoffnung nicht zu verlieren, sind wir auf Geschichten angewiesen, die uns Mut machen! Das sagen die Organisatorinnen und Organisatoren der FriedensDekade und rufen alle Menschen auf, vom Frieden zu erzählen.

»Das Versprechen auf eine schnelle, gewaltsame Bekämpfung von Unrecht oder terroristischer Gewalt ist attraktiv, aber unsere Erfahrungen und auch wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass sich mit Gewalt kein Frieden herstellen lässt«, erklärt Jan Gildemeister, der Vorsitzende der Ökumenischen FriedensDekade.

Doch es gibt sie, die positiven Geschichten von Menschen, Initiativen und Organisationen, die trotz Krieg und Gewalt mit gewaltfreien Mitteln für den Frieden eintreten und Wege der Versöhnung finden. Damit sie als Vorbilder und mutmachende Beispiele bekannter werden können, brauchen diese Geschichten Raum und Aufmerksamkeit. Die diesjährige FriedensDekade will genau dafür sorgen. Vom 10. bis 20. November 2024 wird sie bundesweit in Kirchengebäuden und Friedensinitiativen begangen. Dazu gehören zahlreiche Veranstaltungen und Gottesdienste, ein umfangreiches Materialangebot, Impulse und

ERZÄHL MIR VOM FRIEDEN

Ökumenische FriedensDekade
10. bis 20. November 2024
www.friedensdekade.de

Friedensgebete sowie eine Unterschriftensammlung an die Kirchenleitungen.

Das farbenfrohe Plakatmotiv stammt vom Grafiker Manuel Grebing aus Friedrichsdorf. Es drückt die Hoffnung aus, dass wir Unterschiede, Feindbilder und

Polarisierung überwinden können, wenn wir uns zusammensetzen und einander zuhören.

Simon Bödecker

Alle Materialien und Informationen zur Ökumenischen FriedensDekade 2024 finden Sie unter www.friedensdekade.de

Grafik:
Manuel Grebing /
Ökumenische
FriedensDekade

»Die Grenzen im Kopf überwinden«

Einsatz für Verständigung und Versöhnung im Nahen Osten

»Die Israelis werden erst sicher sein, wenn die Palästinenser frei sind!«, sagt Osama Illiwat mit fester Stimme. Aus seinen dunklen Augen blickt er kurz ins Publikum, bevor er fortfährt: »Und die Palästinenser werden erst frei sein, wenn die Israelis sicher sind!« Neben ihm nickt Rotem Levin zustimmend.

Mehr als 100-mal haben Illiwat und Levin ihre Geschichten in den vergangenen Monaten in Deutschland erzählt: Vor vollen Sälen, an Schulen, in jüdischen und muslimischen Einrichtungen. Seit dem unmenschlichen Angriff der Hamas auf Israel, dem Krieg im Gazastreifen und der weiteren Eskalation in der Region wollen ihnen immer mehr Menschen zuhören. Denn sie berichten über etwas, das der Nahe Osten dringend braucht: Verständigung, Versöhnung und Hoffnung.

Zwei Lebensgeschichten

Rotem Levin wuchs bei Tel Aviv auf. Für den jüdischen Jungen ist früh klar: Wer überleben und seine Heimat bewahren möchte, muss sich verteidigen. Gegen die Palästinenser, die Linienbusse in die Luft sprengen. Während seines dreijährigen Grundwehrdienstes betritt er zum ersten Mal das Westjordanland. Der Befehl, mitten in der Nacht eine Blendgranate in ein Wohnhaus zu werfen, weckt leise Zweifel: Tut die Armee hier wirklich das Richtige?

»Ich habe die gleiche Heimat, aber eine andere Geschichte«, stellt sich Osama Illiwat vor. Er wuchs in Ostjerusalem und Jericho auf. Eine Kindheit, geprägt von Willkür, Militärgesetzgebung und Angst. Israelis kennt er nur in Uniform mit schweren Waffen. Für eine Lappalie landet der junge Palästinenser im Gefängnis, radikalisiert sich dort und wird schließlich – desillusioniert von gescheiterten Friedensabkommen – Kämpfer in der zweiten Intifada.

Es sind Zufälle, die die beiden Männer unabhängig voneinander aufrütteln: Levin begleitet einen Freund zu einem interkulturellen Forum nach Deutschland; Illiwat wird zu einem Treffen von Friedensgruppen bei Bethlehem eingeladen.

Ein Blick auf die andere Seite

Beide sind anschließend in ihrem Weltbild erschüttert. »Diese Palästinenser sprachen von Dingen, von denen ich noch nie gehört hatte, zum Beispiel der Nakba«, erinnert sich Levin.



Der junge Mann beginnt zu recherchieren und setzt sich zum ersten Mal mit der Flucht und Vertreibung der Palästinenser von 1947 bis 1949 auseinander. Was ihn am meisten erschüttert, ist die Erkenntnis, dass es in Israel gesetzlich verboten ist, die Nakba im Schulunterricht zu behandeln.

»Friedensbemühungen und Juden, das konnte ich nicht verbinden. Ich dachte zuerst, ich sei im falschen Raum«, erzählt Illiwat. »Und dann hörte ich völlig erstaunt, dass es Juden gibt, die den Kriegsdienst verweigern und gleiche Rechte für die Palästinenser fordern.«

»Vorannahmen beiseiteschieben und zuhören«

Diese Erfahrungen brachten Rotem Levin und Osama Illiwat schließlich zu den Combatants for Peace, einer Organisation, in der sich rund 600 Israelis und Palästinenser – viele von ihnen ehemalige Soldatinnen, Soldaten oder Paramilitärs – gewaltfrei für Verständigung im Nahen Osten einsetzen. Eine enorme Aufgabe, denn die meisten Israelis und Palästinenser leben völlig getrennt und wissen wenig über einander. Sie lernten vor allem, die jeweils anderen als Bedrohung zu sehen, erzählen Levin und Illiwat.



Seit dem 7. Oktober 2023 sind viele Israelis noch stärker traumatisiert und verängstigt. Viele Palästinenser im Westjordanland verlieren angesichts der dortigen Situation die Hoffnung auf Frieden. Und in Gaza kämpfen sie nur noch ums Überleben. »Wenn Menschen sterben, können wir nicht still bleiben!«, sagt Illiwat. »Es geht uns jedoch nicht darum, auf einer Seite zu stehen, denn eine einseitige Betrachtung führt nicht zum Frieden.« Vielmehr wollten sie Empathie für alle Menschen zeigen und das Leid der Anderen anerkennen, ergänzt Levin. »Wir möchten alle dazu einladen, ihre Vorannahmen beiseitezuschieben und einander zuzuhören.

Gleiche Rechte für alle!

Ihnen sei es egal, ob am Ende ein, zwei oder drei Staaten herauskämen, sagen die Männer. Wichtig sei, dass alle Menschen die gleichen Rechte bekommen, dass internationales Recht von allen eingehalten werde und dass Juden und Palästinenser positive persönliche Beziehungen knüpfen können.

Mit dieser Botschaft wenden sie sich bewusst an das deutsche Publikum. »Wir brauchen Ihre Hilfe, um Vertrauen zu schaffen«, sagt Rotem Levin. Aber – so betont der Arzt aus Tel Aviv mit sanfter Stimme – Krieg und Waffen bringen kein Vertrauen und keine Sicherheit. »Wer Juden schützen möchte, muss aufhören, Waffen zu liefern!« Rüstungslieferungen stünden außerdem im Widerspruch zur deutschen Menschenrechtsarbeit, für die sie sehr dankbar seien.

Sich als Menschen begegnen

Einst haben die heutigen Mitglieder der Combatants for Peace zu den Waffen gegriffen, um für ein Leben in Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit zu kämpfen. Sie haben erlebt, dass Gewalt zu Hass und Unsicherheit führt. Die vermeintlichen Gegner dann persönlich kennenzulernen, hat ihre Sicht verändert. Nun stehen der israelische Ex-Soldat und der vormalige palästinensische Kämpfer nebeneinander – als Freunde.

Das macht Hoffnung: Was ihnen gelungen ist, könnte auch vielen anderen Menschen möglich sein und eine Perspektive für Frieden im Nahen Osten bieten. Doch das politische System in ihrer Heimat setze alles daran, Begegnungen und Verständigung zu verhindern, sagen Rotem Levin und Osama Illiwat. Hier liegt für sie der Schlüssel: »Um die Grenzen im Kopf zu überwinden, müssen wir uns als Menschen begegnen«.

Simon Bödecker

Die Combatants for Peace zeigen, wie wichtig zivile Konfliktprävention und Friedensförderung sind. Dennoch will die Bundesregierung gerade dort massiv sparen. Fordern Sie jetzt mit unserem Musterbrief zum Bundeshaushalt 2025 einen Stopp der gefährlichen Kürzungspläne. Mehr dazu unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Osama Illiwat
(links) und
Rotem Levin
Foto: Kristian
Golla / Netzwerk
Friedenskooper-
ative

Moral oder Staatsräson?

Deutsche Rüstungsexporte nach Israel



Im August 2024 protestieren Menschen in Los Angeles gegen Waffenlieferungen nach Israel
Foto: dpa

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind historisch stark von der Shoah und der daraus resultierenden Verantwortung geprägt. Deutschland sieht sich der Existenz des Staates Israel in besonderer Weise verpflichtet und ist traditionell einer seiner wichtigsten militärischen Unterstützer. Doch das Verhalten der israelischen Regierung stellt Berlin jetzt vor ein Dilemma.

Die militärisch bedeutendsten Rüstungsexporte nach Israel seit 2014 sind sechs U-Boote, die erheblich von Deutschland finanziert wurden. Sie sind zentraler Teil der israelischen Abschreckungsstrategie, da sie – möglicherweise auch nuklear bestückte – Marschflugkörper abfeuern können. Die Beschaffung dieser U-Boote und weiterer Kriegsschiffe mündete in einen

Korruptionsskandal – bis heute bestehen schwerwiegende Bestechungsvorwürfe gegen israelische und deutsche Akteure. Nach dem brutalen Massaker der Hamas sind die deutschen Rüstungsexporte nach Israel schlagartig angestiegen. So genehmigte die Bundesregierung laut Medienberichten allein in den ersten 26 Tagen nach dem 7. Oktober 2023 mehr als 185 Rüstungslieferungen an Israel; im gesamten Jahr 2023 waren es Exporte im Wert von mehr als 300 Millionen Euro. Das entspricht fast einer Verzehnfachung im Vergleich zum Vorjahr. Spätestens seit der Empfehlung des UN-Menschenrechtsrates und des Hochkommissars für Menschenrechte, Rüstungsexporte nach Israel zu stoppen, wenn mit den Waffen in Gaza humanitäres Völkerrecht verletzt werden könnte, steht die

deutsche Politik jedoch vor einem Dilemma.

Einerseits fühlt sie sich verpflichtet, die Sicherheit Israels auch mit militärischen Mitteln zu unterstützen. Andererseits droht eine zunehmende Isolierung, da europäische Partnerländer wie die Niederlande, Italien und Großbritannien ihre Lieferungen an Israel bereits stark eingeschränkt oder gestoppt haben. Angesichts des völkerrechtswidrigen Vorgehens der Regierung Netanjahu fordert Ohne Rüstung Leben die Bundesregierung auf, sich entschiedener für einen sofortigen Waffenstillstand und den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza und im Westjordanland einzusetzen!

Niels Dubrow

Eine aktuelle Petition zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Fernöstliche Zurückhaltung

Was Deutschland bei Waffenexporten von Japan lernen kann

Keine Rüstungsexporte in Konfliktregionen – diese Forderung deutscher Friedensorganisationen wird oft als unrealistisch und wirtschaftsschädlich abgetan. Dabei setzt eine bedeutende Industrienation genau dieses Prinzip bereits seit Jahrzehnten erfolgreich um!

Grundsätzlich keine Exporte

Japan exportiert seit dem Zweiten Weltkrieg grundsätzlich keine Waffen oder Militärtechnologien. Diese Politik ist seit den 1960er-Jahren als die »Drei Prinzipien für Waffenexporte« bekannt. Sie verbietet den Verkauf von Waffen an Länder des kommunistischen Blocks, an Länder, gegen die ein UN-Waffenembargo verhängt wurde, sowie an Länder, die in internationale Konflikte verwickelt sind oder verwickelt werden könnten. Wie konsequent das Land der aufgehenden Sonne dabei ist, zeigt der Vergleich mit Deutsch-

land: Im Jahr 2022 exportierte Japan laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI gar keine Waffen – die Bundesregierung genehmigte dagegen Rüstungsexporte im Wert von mehr als 8 Milliarden Euro. Aktuell gibt es keinerlei Beleg für die Verwendung von japanischen Waffen in einer Konfliktregion; deutsche Waffen hingegen sind in fast allen Spannungsgebieten präsent!

Vereinbar mit Sicherheit und wirtschaftlicher Stärke

Angesichts politischer Krisen mit Nordkorea und China hat Japan seine Militärstrategie in den vergangenen zehn Jahren verschärft und damit begonnen, stark aufzurüsten. Dazu gehörte auch eine Lockerung des Rüstungsexportverbotes im Jahr 2014. Doch selbst das hatte keinen deutlichen Anstieg der Exporte zur Folge! Die japanische Zurückhaltung in dieser Frage ist fest in der politischen

Tradition verankert. Und sie steht offensichtlich auch nicht im Widerspruch zu einer großen Verteidigungsindustrie, wenn letztere politisch für notwendig erachtet wird.

Eine Rüstungsexportpolitik, die Menschenrechte und Konfliktprävention in den Mittelpunkt stellt, lässt sich also durchaus mit Sicherheit und wirtschaftlichem Erfolg verbinden. Die deutsche Bundesregierung will das offenbar nicht verstehen – sonst hätte sie längst ein entsprechendes Rüstungsexportkontrollgesetz auf den Weg gebracht und dafür gesorgt, dass in Konfliktregionen künftig auch keine deutschen Waffen mehr zu finden sind.

Niels Dubrow

Fordern Sie einen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten und Diktaturen. Mehr unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.



Das japanische Verteidigungsministerium in Shinjuku, Tokio
Foto: Ezakicoo, Lizenz: CC BY 2.0



Japanische Soldatinnen und Soldaten verladen Versorgungsgüter in ein MV-22B Osprey-Flugzeug
Foto: U.S. Navy, Lizenz: CC BY 2.0

Wehrpflicht durch die Hintertür?

Was der »Neue Wehrdienst« von Minister Pistorius für Betroffene bedeutet



Ein junger Mann im psychologischen Eignungsgespräch für den Wehrdienst
Foto: dpa

Karrierecenter der Bundeswehr in Düsseldorf
Fotos: Simon Bödecker

Seit 2011 ist die Bundeswehr eine Berufsarmee. Es müssen sich nicht mehr Jahr für Jahr zehntausende junge Männer der Musterung unterziehen und den Wehrdienst antreten oder verweigern. Doch nun werden Forderungen nach einer Kehrtwende laut.

Auf dem Weg zum »kriegstauglichen« Deutschland fehle es an Soldatinnen, Soldaten und gesellschaftlicher Akzeptanz. Mit diesem Tenor debattierte die Bundespolitik zuletzt verschiedene Ideen wie eine Wiedereinführung der 2011 ausgesetzten Wehrpflicht oder ein Pflichtjahr für alle. Nun will Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) den Gesetzentwurf für einen »Neuen Wehrdienst« einbringen. Er sieht vor, künftig allen 18-Jährigen einen Fragebogen zuzusenden, in dem es unter anderem um Fitness, Motivation und die Bundeswehr geht.

Der Dienst bleibt freiwillig – vorerst

Für Männer soll die Beantwortung verpflichtend sein; für Frauen und nichtbinäre Menschen freiwillig. Rund zehn Prozent der Männer sollen anschließend zur Musterung aufgefordert werden. So will Pistorius zusätzlich 5.000 junge Menschen pro Jahr

für einen mindestens sechsmonatigen Grundwehrdienst gewinnen. Der Minister setzt dabei auf Freiwilligkeit. Doch Äußerungen aus Teilen von Politik und Bundeswehr lassen einen Pflichtdienst durch die Hintertür befürchten, sollte die Zahl der Rekrutierten unter den Erwartungen bleiben – möglicherweise schon nach der Bundestagswahl 2025.

Junge Menschen mehrheitlich dagegen

Erste Umfragen zeigen, dass junge Menschen in Deutschland den »Neuen Wehrdienst« mehrheitlich ablehnen. Viele von ihnen fragen sich, was die Pläne für sie konkret bedeuten. Darüber sprachen wir mit Klaus Pfisterer, dem Landesvorsitzenden der DFG-VK Baden-Württemberg. Er berät seit 45 Jahren Kriegsdienstverweigerer und war bis 2011 nebenberuflich als Rechtsbeistand tätig.

Lieber Klaus, wie sollten sich junge Menschen verhalten, die keinen Wehrdienst leisten möchten?

Aktuell raten wir Ungedienten von der Antragstellung auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) ab, da sie keinerlei Dienst leisten müssen. Sollte sich

die Lage ändern, empfehlen wir aber, sofort den KDV-Antrag zu stellen. Will ein Ungedienter verweigern, muss er zunächst seine Musterung beim zuständigen Karrierecenter der Bundeswehr beantragen. Erst wer tauglich gemustert ist, kann den

wir für jede Personengruppe die entsprechenden Informationen zusammengestellt. Hier findet man auch die Adressen unserer Beratungsstellen. Wir empfehlen, sich vor der Antragstellung beraten zu lassen, um keine formalen Fehler zu machen. Vor allem die individuelle Begründung ist wichtig; hier sollte man nichts aus dem Internet kopieren! Wenn das BAFzA Dubletten entdeckt, wird der Antrag abgelehnt.

Wie steht die DFG-VK zur aktuellen Wehrpflicht-Debatte?

Die DFG-VK lehnt jede Art von Zwangsdienst ab, da er einen gravierenden Eingriff in die Freiheitsrechte bedeutet. So auch die geplante Erfassung junger Männer mittels Fragebogen, eine Neuauflage der Wehrpflicht oder ein Pflichtjahr für alle. Den beiden letztgenannten stehen hohe verfassungsrechtliche und vertragliche Hürden im Weg.

Sollte Pistorius mit seinen Plänen scheitern, würde er wohl für eine Wehrpflicht trommeln – auf ein solches Szenario bereiten wir uns vor und starten jetzt die Kampagne »Ohne mich!«. Dabei sollen Menschen ein Statement der Verweigerung unterschreiben, für den Fall, dass Wehrpflicht oder allgemeine Dienstpflicht wieder eingeführt werden.

Vielen Dank für diese hilfreichen Informationen.

Die Fragen stellte **Simon Bödecker**



Klaus Pfisterer
Foto: privat

KDV-Antrag beim Karrierecenter stellen – unter Berufung auf Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes, mit Lebenslauf und ausführlicher schriftlicher Begründung. Das Karrierecenter leitet die Unterlagen an das Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) in Köln weiter, das im schriftlichen Verfahren über den Antrag entscheidet. Wird man untauglich gemustert, hat sich das Thema für die betreffende Person erledigt.

Reservistinnen und Reservisten raten wir zur KDV-Antragstellung, da Pistorius plant, sie vermehrt zu Wehrübungen heranzuziehen. Soldatinnen und Soldaten müssen ihren KDV-Antrag direkt beim zuständigen Karrierecenter stellen. Dabei kann es möglicherweise zu Regressforderungen kommen, wenn sie teure Spezialausbildungen finanziert bekommen haben. Solche Fälle geben wir gleich an Rechtsanwältinnen und -anwälte weiter.

Wohin können sich Betroffene wenden, wenn sie Fragen haben?

Wer sich dazu entschließt, einen KDV-Antrag zu stellen, sollte sich zuerst um die rechtlichen Voraussetzungen kümmern. Unter www.dfg-vk.de haben

Stichwort: Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung

Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz legt fest: »Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden«. Alle Bundesbürgerinnen und -bürger haben daher das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern.

Umfangreiche Beratung, Begleitung und seelsorgliche Unterstützung zum Thema bieten die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK, www.eak-online.de), die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK, www.dfg-vk.de) und viele kirchliche Beratungsstellen.



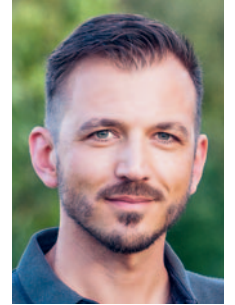
Liebe Leserin, lieber Leser,

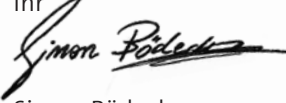
während ich diese Zeilen schreibe, sind wir und viele Partnerorganisationen mitten in den Abstimmungen für unsere neue Kampagne »Friedensfähig statt Erstschlagfähig«, die voraussichtlich im November starten soll. Ziel ist ein breiter Protest gegen die geplante Stationierung von US-Raketen und -Marschflugkörpern in Deutschland. Warum wir ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen fordern, erfahren Sie ab Seite 1.

Was wäre anders in einem friedensfähigen Europa, in einem friedensfähigen Deutschland? Wir würden zum Beispiel mehr über die vielen Situationen sprechen, in denen Frieden und Versöhnung mit gewaltfreien Mitteln erreicht wurde (Seite 5). Die Politik würde sich an jenen Ländern orientieren, die keine Waffen in Krisengebiete liefern und dennoch wirtschaftsstarke und sicher sind (Seite 9). Und sie würde gar nicht erst darüber

nachdenken, junge Menschen wieder zur Ausbildung an der Waffe zu verpflichten (Seite 10).

Eine solche friedensfähige Gesellschaft bleibt unser Ziel, für das wir bei Ohne Rüstung Leben mit fundierten Argumenten und ermutigenden Beispielen eintreten. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie uns dabei unterstützen!



Ihr


Simon Bödecker

Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt+4, Entgelt bezahlt, Deutsche Post AG

Verantwortlicher

Redakteur

Simon Bödecker

Auflage

15.000

Informationen zum

Datenschutz

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss

18. September 2024



Inhalt

1 | Titel

US-Raketen in Deutschland: Eine neue Stufe der Eskalation

2 | Aktion

Für ein gemeinsames Europa ohne Mittelstreckenwaffen!

3 | Hintergrund

Wo ist der Wille zum Dialog?

4 | Aktion

Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt

4 | Aktion

Gewissensfreiheit in der Steuererklärung

5 | Aktion

Ökumenische FriedensDekade 2024

6 | Hintergrund

Einsatz für Verständigung und Versöhnung im Nahen Osten

8 | Aktuell

Moral oder Staatsräson? – Deutsche Rüstungsexporte nach Israel

9 | Aktuell

Was Deutschland bei Waffenexporten von Japan lernen kann

10 | Hintergrund

Wehrpflicht durch die Hintertür?

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEFIEK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden